

# Politik muss durchschaubar sein

Eine weitere Etappe der Föderalismusreform steht 2007 an. Wichtigstes Ziel soll sein, die Chancen auf umfassende Reformen zu erhöhen. Notwendig ist hierzu, die fast undurchschaubaren Entscheidungswege zwischen Bund und Ländern, Regierung und Opposition zu entflechten. Die Gegenmacht des Bundesrates soll begrenzt werden, indem Länder und Kommunen mehr eigenständige Kompetenzen bekommen. Subsidiarität heißt das aus der katholischen Soziallehre stammende Prinzip. Demnach sind politische Entschei-

der und Kommunen jeweils wieder eigene Entscheidungsbefugnisse haben, sind damit auch die Verantwortlichkeiten für gute und schlechte Politik klarer erkennbarer. Bereits 2006 hat die Große Koalition in diesem Sinne mit ersten Neuzuordnungen begonnen.

Nun kommt es allerdings ganz entscheidend darauf an, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils eine eigene, gesicherte steuerliche Einnahmequelle haben. Nur so können sie dann die ihnen übertragenen Aufgaben auch in Eigenverantwortung durchführen. Unser derzeitiges steuerliches Verbundsystem schafft hier leider keine Sicherheiten.

Allerdings hat die angestrebte, bessere Durchschaubarkeit von Politik auch ihren Preis. In vielen Bereichen werden wir uns von der gewohnten Vorstellung verabschieden müssen, dass in ganz Deutschland dieselben Gesetze, Verordnungen und Regelungen gelten. Die Unterschiede zwischen den Ländern und auch zwischen den Kommunen werden zunehmen.

Das ist die nüchterne Logik hinter der Forderung nach mehr Freiheiten für die verschiedenen staatlichen Ebenen.

Wir schwer wir Deutschen uns mit einer solchen Konsequenz tun, zeigt bereits die fast kabarett-reife Diskussion über das Rauchverbot in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden. Wer schon hier bundesweite, einheitliche Regelungen für unverzichtbar hält, wird mit den weitaus schwerwiegenden Auswirkungen der Föderalismusreform kaum leben können.

## Länder sind gefordert

Und auch die Landesregierungen verhalten sich zurzeit nicht immer konsequent. Ein Zuwachs an Landeskompetenzen heißt auch ein Zuwachs an eigener Verantwortung. Und die steht dann bei Landtagswahlen stärker auf dem Prüfstand.

Die derzeitige Situation ist für die Landesregierungen vergleichsweise komfortabler. In Berlin entscheiden sie im Bundesrat kräftig mit, während sie

im eigenen Land häufig die Regelungswut des Bundes anprangern und beklagen.

Das gleiche Muster kennen wir aus der Europapolitik, wo ebenfalls die Mitgliedstaaten die wichtigen Entscheidungen treffen und später die Brüsseler Beamten dafür verantwortlich machen.

Die Reform des deutschen Föderalismus sollte 2007 unbedingt ein Stück vorankommen. Genauso wichtig ist aber eine ehrliche Diskussion der Chancen und auch Konsequenzen dieser Veränderungen.

Dem Kolumnisten-Kreis der MITTELBADISCHEN PRESSE gehören an: Ingeborg Schäuble, Vorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe; Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler; Landesbischof Dr. Ulrich Fischer; der Freiburger Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Prof. Dr. Edda Müller, Chefin des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes; Harald B. Schäfer, ehemaliger Umweltminister von Baden-Württemberg; Dr. Ulrich Eith, Politikwissenschaftler der Universität in Freiburg, und der Vatikan-Experte Hanspeter Oswald.



VON DR. ULRICH EITH, Politikwissenschaftler an der Universität Freiburg

dungen soweit möglich vor Ort zu treffen.

Die Zielrichtung ist keineswegs falsch. Wenn Bund, Län-